

MACHER & MÄRKTE

Kammern: Im Streit

Die Kritik von Ludwig Georg Braun, Präsident des Deutschen Industrie- und Handelskammertags (DIHK), an der rot-grünen Umweltpolitik hat zu heftigen Reaktionen im ökologisch orientierten Unternehmerlager geführt. Gottfried Härle, Inhaber einer Privatbrauerei und Vorstandsmitglied des Firmenverbandes UnternehmensGrün, kritisierte die »wahlkampftaktische Einmischung« des DIHK, der Bundesverband der Erneuerbaren Energien drohte sogar damit, dass seine Mitgliedsunternehmen ihre Zwangsbeiträge für die Industrie- und Handelskammern künftig nicht mehr bezahlen würden.

Braun hatte moniert, dass hiesige Unternehmen unter einer »Überfülle von Umweltvorschriften« litten. Außerdem hatte er Bund und Länder kritisiert, weil sie Vorgaben der EU »beinahe regelmäßig« zulasten der deutschen Wirtschaft verschärften.

Diese auch in einem Strategiepapier des DIHK fixierte Position widerspricht nach Auffassung der Berliner Rechtsanwälte Geulen & Klinger »diametral« der per Gesetz verordneten »Abwägungs- und Ausgleichspflicht« der Kammern; schließlich hätte die Umweltpolitik auch viele Unternehmen begünstigt. Die von der Deutschen Umwelthilfe (DUH) beauftragten Rechtskundler halten sogar Schadensersatzansprüche für denkbar.

Eine – nicht repräsentative – Blitzumfrage des Bundesdeutschen Arbeitskreises für Umweltbewusstes Management förderte überdies zutage, dass nur eine Minderheit der Unternehmer sich ausgerechnet über die vermeintlich »überbordende Umweltbürokratie« ärgert.

Siemens: In Unruhe

Der zweite Vorsitzende der IG Metall, Berthold Huber, rechnet mit Personalschnitten beim Münchner Siemens-Konzern. Die dabei in der Öffentlichkeit wiederholt genannte Zahl von 10 000 Stellen könne er allerdings »weder bestätigen noch dementieren«. Ihm sei über konkrete Zahlen nichts bekannt, sagt Huber, der bei dem Münchner Konzern im Aufsichtsrat sitzt.



BERTHOLD HUBER

Siemens-Mitarbeiter müssten sich aber unter Umständen nicht nur auf den Verlust von Arbeitsplätzen, sondern auch auf »materielle Einschnitte« einstellen, »wenn damit Beschäftigung gesichert wird«, so der Spitzengewerkschafter. Die IG Metall werde freilich alles daran setzen, Entlassungen zu verhindern.

Die Probleme in den drei Krisensparten Kommunikation (Com), IT-Dienstleistungen (SBS) und Logistik- und Produktionsautomatisierung (L&A) sind nach Ansicht Hubers nicht auf Fehlentscheidungen der Konzernspitze unter dem ehemaligen Siemens-Chef Heinrich v. Pierer zurückzuführen. Anders als bei der vor kurzem verkauften Handysparte, in der gravierende

Managementfehler gemacht worden seien, spielten in den anderen Bereichen des Konzerns »technologische und konjunkturelle Entwicklungen«, die nicht nur auf Fehlentscheidungen zurückzuführen seien, eine große Rolle.

Für fragwürdig hält Huber allerdings die Öffentlichkeitsarbeit des Konzerns. Die Fakten über die Konsequenzen aus den Problemen kämen nur »scheibchenweise auf den Tisch«. Damit entstehe in der Öffentlichkeit der Verdacht, dass Siemens-Vorstandschef Klaus Kleinfeld die Bundestagswahl an diesem Sonntag abwarten wolle, bevor die »harten Tatsachen« bekannt gegeben würden. »Sollte dies Absicht sein«, so Huber, »ist das keine redliche Politik.«

Baumärkte: In Not

Der Konkurrenzkampf zwischen den deutschen Baumärkten – unter ihnen Hornbach, Praktiker, Obi und Hagebaumarkt – wird vor allem über immer größere Verkaufsfächen geführt. Zu diesem Ergebnis kommt eine Studie der Unternehmensberatung Mercer Management Consulting. Auf 11,8 Millionen Quadratmeter Ladenfläche konnten die Deutschen im vergangenen Jahr Tapezierische, Bohrmaschinen und Ketten Sägen kaufen – ein Zuwachs von mehr als zehn Prozent gegenüber 1999. Die Umsätze der Baumärkte stiegen im selben Zeitraum zwar auch, allerdings weniger stark.

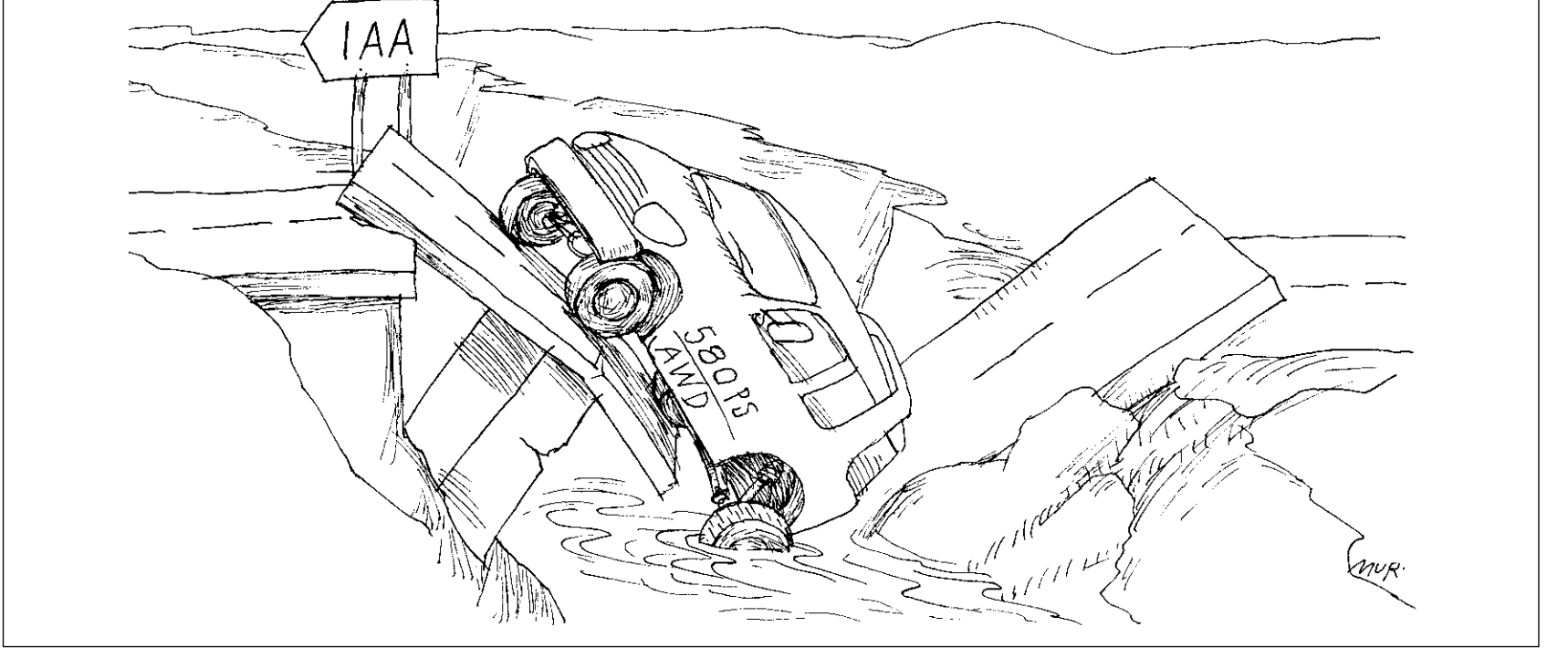
Infolgedessen sank die Flächenproduktivität um rund sechs Prozent; pro Quadratmeter werden jährlich nur noch 1475 Euro umgesetzt. Verglichen mit Großbritannien und Frankreich, sei dies ein schlechter Wert, berichtet Mercer. Dort würden pro Quadratmeter mehr als 2400 beziehungsweise 2800 Euro umgesetzt. Grund für das schlechte Abschneiden der deutschen Baumärkte sei, dass der Wettbewerb nicht mehr über Produktpaletten, sondern nur noch über Verdrängung der Konkurrenz geführt werde. Zudem sei die Branche sehr zersplittert: »Der Marktanteil der Top 3 beläuft sich in Deutschland auf ca. 35 Prozent. In Großbritannien sind es 75 Prozent, in den USA 90 Prozent.«

England: In Sorge

Eigentlich herrschte unter Ökonomen und Meinungsmachern Einigkeit darüber, dass die britische Wirtschaft kerngesund ist. Wäre da nicht David Frost, der Chef der Handelskammer im Königreich: Der sieht eine schwere strukturelle Krankheit im Anmarsch. Die Diagnose Frosts beginnt beim Handelsbilanzdefizit Großbritanniens, das im Juli auf die erkleckliche Summe von 3,4 Milliarden Pfund (5,1 Milliarden Euro) angeschwollen ist. Bisher war das Defizit kein großes Problem. Seit 60 Jahren schrumpft zwar die britische Industrie, im Außenhandel wurde das aber durch den gleichzeitigen Anstieg von Dienstleistungsexporten mehr als kompensiert. Hier sind die Briten absoluter Weltmeister: Fast 14 Milliarden Pfund beträgt der Überschuss, den Banken, Versicherungen, Anwälte und Architekten im Austausch mit dem Rest der Welt erzielen. Norman Foster etwa baut von Berlin bis Hongkong den ganzen Globus.

Nur: Das geht auf Dauer nicht gut, glaubt Frost. »Das Wachstum beim Export von Dienstleistungen wird nicht mehr lange anhalten«, glaubt er. Damit aber würde die strukturelle Schwäche der britischen Volkswirtschaft »offensichtlich«. Ein Land, so der Kammerchef, könne eben nicht von Dienstleistern alleine leben. Noch boomt Britannia. Aber bahnt sich da eine neue »englische Krankheit« an?

MURSCHETZ



ARGUMENT

Die wahre Achillesferse

Der nächste Finanzminister muss vor allem die Unternehmensteuern reformieren VON WILFRIED HERZ

Es scheint paradox. Eine Erhöhung der Mehrwertsteuer, so die Standardformel der Kritiker in Wissenschaft und Politik, ist »Gift für die Konjunktur«. Doch wenn die neue Bundesregierung, eine führende Rolle der Union nach der Wahl vorausgesetzt, die Mehrwertsteuer zum 1. Januar 2006 tatsächlich erhöht, würde sie damit unmittelbar einen Wachstumsschub auslösen.

Des Rätsels Lösung: Um die höhere Steuer zu vermeiden, würden Verbraucher und Unternehmen möglichst viele Anschaffungen – Fernseher, Möbel, Autos, Maschinen – vorziehen und damit in den letzten Monaten dieses Jahres mehr Geld ausgeben als zunächst geplant. Die Sache hätte nur einen Haken: Das wäre nichts als ein Strohhalm. Denn zu Beginn des neuen Jahres würde ein Umsatzloch folgen. Und auch langfristig würde sich die Steuererhöhung eher dämpfend auf das Wirtschaftswachstum auswirken, da nur ein Teil der Mehreinnahmen des Staates in Form niedrigerer Beiträge zur Arbeitslosenversicherung an Arbeitnehmer und Arbeitgeber zurückgegeben werden soll.

Doch das Land braucht dauerhaftes Wirtschaftswachstum, um erfolgreich die Massenarbeitslosigkeit zu bekämpfen. Diese Ziele sind in Wahlprogrammen aller Parteien schnell formuliert. Für den Finanzminister ist es weitaus schwieriger, die richtigen Instrumente zu bestimmen und in der Regierungspraxis durchzusetzen. Der Ausgangspunkt ist denkbar ungünstig. Die riesigen Löcher im Bundeshaushalt engen den Handlungsspielraum ein. Wegen der zu großen Lücke im Staatsbudget und der erneuten Verletzung des Stabilitätspakts hat die Europäische Kommission erst in der vergangenen Woche den Deutschen angedroht, das Defizitverfahren zu verschärfen. Wie groß der Sanierungsbedarf beim Bund in den kommenden Jahren ist, belegen die Zahlen: Zwischen Einnahmen und Ausgaben klaffen Lücken von 25 bis 30 Milliarden Euro.

In der Finanzpolitik gibt es keine Wunder. Niemand sollte glauben, dass der Haushalt allein durch Sparmaßnahmen auf die Schnelle in Ordnung zu bringen ist. Vor drastischen Sparmaßnahmen und Haushaltssperren ist sogar zu warnen. Mit ihnen würde das Gegenteil des erhofften Zwecks erreicht: Sie würden dem Wirtschaftswachstum schaden, und dadurch würden die Steuereinnahmen noch spärlicher fließen. Sinnvoll wäre vielmehr, alle Ausgaben daraufhin zu überprüfen, ob sie die Wachstumsaussichten der Wirtschaft verbessern oder verschlechtern. Umschichtungen hin zu mehr Bildung, For-

schung und Innovationen könnten die Qualität des Bundesets wesentlich steigern.

Die Finanzpolitik steckt im Dilemma: Einerseits sind stabile Staatsfinanzen eine Voraussetzung für eine blühende Wirtschaft; andererseits ist der Haushalt nur zu sanieren, wenn die Wirtschaft wächst und die Steuerquellen kräftiger sprudeln. Tatsächlich verfügt die Regierung über kein Mittel, um kurzfristig die Wirtschaft in Schwung zu bringen – zumal die große Mehrheit der Politiker wegen schlechter Erfahrungen in der Vergangenheit Investitionsprogramme ablehnt. So kann sie nur die langfristig wirkenden Be-

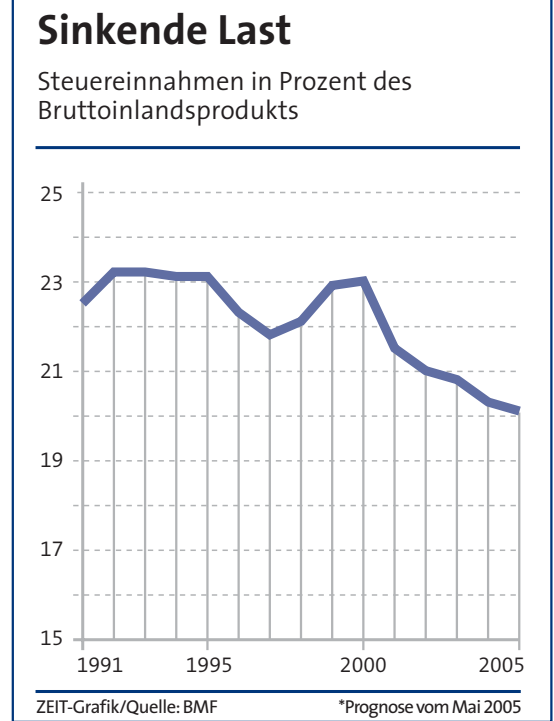
europäischen Ländern, gleichzeitig aber ist das Aufkommen so gering wie in keinem anderen vergleichbaren Land. Notwendig sind Steuern, die weder deutsche Betriebe ins Ausland treiben noch ausländische Investoren abschrecken. Kernpunkte einer solchen Reform müssen deshalb deutlich niedrigere Steuersätze und vernünftige Abschreibungen für Investitionen hierzulande sein. Damit würde es für heimische Unternehmen, aber auch für Ausländer viel attraktiver, Produktionen in Deutschland zu halten oder aufzubauen und ihre Gewinne beim deutschen Fiskus zu versteuern. Am Ende hätte der Finanzminister trotz geringerer Sätze mehr Geld in der Kasse.

Von einer durchgreifenden Reform der Einkommensteuer, die vor allem Arbeitnehmer betreffen würde, sollte man keinen großen Wachstumsschub erwarten – auch dann nicht, wenn die Tarife nach den kräftigen Senkungen in den vergangenen Jahren noch weiter herabgesetzt werden. Aber die Reform ist unerlässlich, um das System zu vereinfachen und die Lasten gerechter zu verteilen. Es ist schon eine Binsenweisheit, dass dazu immer noch vorhandene Schlupflöcher geschlossen und zahlreiche Vergünstigungen gestrichen werden müssen.

Wegen der Haushaltsmiserie ist jedoch an eine weitere generelle Entlastung der Steuerzahler nicht zu denken. Die Steuersätze könnten nur in dem Maß ermäßigt werden, wie Ausnahmen gestrichen werden. Mithin gilt: Je stärker die Tarife gesenkt werden sollen, desto mehr Vergünstigungen müssen abgeschafft werden. Dann geht es nicht nur um die im Wahlkampf heftig umstrittene Steuerfreiheit für Feiertags- und Nachtzuschläge oder die Kürzung der Entfernungspauschale, sondern noch um viel mehr Ausnahmeregelungen wie eine Verminderung der Arbeitnehmerpauschale für Werbungskosten oder das Streichen des Sparerfreibetrags.

Das strikte Gebot der Aufkommensneutralität hätte für Steuerzahler, die bisher von Freibeträgen, Pauschalen und anderen Vergünstigungen besonders stark profitiert haben, durchaus unangenehme Folgen. Diese Bürger werden dann künftig stärker als bisher zur Kasse gebeten. Das neue System ist dann zwar gerechter, am Protest der Betroffenen wird das wenig ändern. Steuerreformen sind nur so lange populär, wie der Finanzminister damit allen Bürgern Gutes tun kann. Dafür fehlt aber das Geld.

Egal, ob alt oder neu: Der nächste Finanzminister muss gleich zwei Steuerreformen angehen und den Haushalt in Ordnung bringen – zu beneiden ist diese Person nicht.



dingungen für mehr Wachstum verbessern. In der Steuerpolitik kann es nicht darum gehen, die Last insgesamt zu senken. Schon heute hat die volkswirtschaftliche Steuerquote in der Bundesrepublik einen historischen Tiefstand erreicht. Auch im europäischen Vergleich kann sich die deutsche Quote durchaus sehen lassen.

Das gilt jedoch keinesfalls für die Unternehmensbesteuerung. Eine Politik, die für Wohlstand und Jobs in Deutschland sorgen will, muss der Reform der Unternehmensteuern absoluten Vorrang geben. Sie sind nicht einmal ansatzweise konkurrenzfähig. Die nominalen Steuersätze sind höher als in allen anderen

FORUM

Knigge für die Multis

Ein neuer UN-Sonderbeauftragter stärkt die Kooperation mit den großen Unternehmen – er sollte ihnen auch verbindliche Regeln setzen VON THORSTEN BENNER

In Nigeria engagiert sich der Stuttgarter Autobauer DaimlerChrysler beim Kampf gegen Aids/HIV und verschafft seinen Beschäftigten Zugang zu Medikamenten. Die Arbeitsbedingungen der Faber-Castell-Werke in Brasilien, China und Indien richten sich nach einer Sozialcharta, auf die sich der bayerische Bleistift Hersteller verpflichtet hat. Das sind nur zwei Beispiele, wie deutsche Unternehmen ihren freiwilligen Beitrag als Mitglieder des UN Global Compact leisten, der im Jahr 2000 gestarteten Initiative der Vereinten Nationen, die die Zusammenarbeit mit der Wirtschaft verbessern soll.

Vor wenigen Wochen ernannte UN-Generalsekretär Kofi Annan einen der maßgeblichen Architekten des Global Compact, den Harvard-Professor John Ruggie, zum neuen UN-Sonderbeauftragten für Fragen der Menschenrechte und transnationale Unternehmen. Ein sperriger Titel, hinter dem sich ein wichtiger Auftrag verbirgt: nämlich eine Antwort auf die Frage zu finden, welche verbindlichen menschenrechtlichen Grund-

sätze multinationale Konzerne wie DaimlerChrysler beachten müssen und wie deren Einhaltung international gewährleistet werden kann – gerade wenn einzelne Entwicklungsländer diese Grundsätze nicht garantieren können oder wollen. Mit Ruggie hat Annan einen Mann ausgesucht, der nicht nur akademisch, sondern als sein ehemaliger Chefberater in strategischen Fragen auch politisch ein Schwergewicht ist.

Die Ernennung Ruggies kurz nach dem fünften Geburtstag des Global Compact und kurz vor dem Weltgipfel der UN, der in diesen Tagen in New York stattfindet, markiert einen neuen Höhepunkt in der Zusammenarbeit zwischen UN und Wirtschaft. Lange Zeit dominierte in den Vereinten Nationen eine skeptische, ja fast feindselige Einstellung gegenüber global aktiven Konzernen. Kofi Annans Amtszeit steht für einen radikalen Mentalitätswechsel. In aller Deutlichkeit sagte er im Juni, dass es das »Fehlen breit angelegter unternehmerischer Aktivität und nicht deren Vorhandensein ist, welche einen Großteil der

Menschheit zum Leiden verdammt«. Auf der Basis dieser Philosophie und angetrieben vom Global Compact, haben die UN die Kooperation mit dem Privatsektor in einer Vielzahl von Projekten ausgebaut, zuletzt im Rahmen der Wiederaufbauhilfe nach dem Tsunami in Südostasien.

Auf solche Erfolge kann Annan jetzt aufbauen. Mit Ruggies Ernennung setzt er neue Impulse in der Debatte um die »soziale Verantwortung« global operierender Unternehmen. Unter der Überschrift Corporate Social Responsibility (CSR) haben viele Unternehmen freiwillige Initiativen ergriffen. Kritiker wie Barbara Unmüßig von der Heinrich-Böll-Stiftung geißeln zwar regelmäßig die Unverbindlichkeit und die »wertlosen Versprechen« des Global Compact, aber diese Kritik verfrängt nicht, weil der Pakt nie als Regulierungsinstrument und immer als Lernforum für verantwortliches Handeln in der globalen Wirtschaft gedacht war.

Man darf die Leistungen freiwilliger CSR-Aktivitäten wie etwa von DaimlerChrysler oder Faber-Castell nicht verkennen. Gleichwohl wird zuneh-

mend eines klar: Mittelfristig können CSR-Aktivitäten nur Erfolg haben, wenn sie in ein Gerüst verbindlicher Regeln eingebunden werden. Corporate Social Responsibility »à la carte« ist auf Dauer nicht glaubwürdig, nährt sie doch den Verdacht der Augenwischerei.

Ein verbindlicher Regelkern ist also notwendig. Und die modernen, fortschrittlichen UN sind ein gutes Forum, um diesen in einem transparenten Prozess zu verhandeln, bei dem Staaten, Zivilgesellschaft und Wirtschaft allesamt ihren Beitrag leisten müssen. Ein Anknüpfungspunkt sind die UN Draft Norms für transnationale Unternehmen aus dem Jahre 2003. Um diesen mit Blick auf Konsumenten- und Umweltschutz allzu ausufernden Entwurf zu verbessern, ist zu klären, welcher Rang einem Regelkern für transnationale Unternehmen im internationalen Recht zukäme. Weitere Fragen schließen sich an: Wer fungiert als Kontrollinstanz? Wie sehen mögliche Sanktionen aus? Kann ein System von Ombudsstellen helfen, die anonyme Hinweise auf Regelverstöße entgegennehmen?

Allzu schnell stöhnen Unternehmensvertreter über die Lasten verbindlicher Regeln – statt sich etwa ein Beispiel an der Business Leaders Initiative on Human Rights zu nehmen. Diese entwickelt seit zwei Jahren in Pilotprojekten unter der Schirmherrschaft der ehemaligen UN-Hochkommissarin für Menschenrechte, Mary Robinson, möglichst praktikable und kosteneffiziente Instrumente, damit Konzerne verbindliche Verhaltensregeln umsetzen können.

Die an der Initiative beteiligten transnationalen Konzerne haben erkannt: Verbindliche Regeln können auch ihnen zugute. Trittbrettfahrer und schwarze Schafe könnten künftig zur Rechenschaft gezogen werden. Gegenwärtig zählt diese vorbildliche Initiative jedoch nur eine Hand voll Mitglieder, darunter kein einziges aus Deutschland. Im eigenen Interesse sollten deutsche Unternehmen in der Debatte um die Rolle und Verantwortung global operierender Konzerne neue und eigene Akzente setzen.

Thorsten Benner ist stellvertretender Direktor des Global Public Policy Institute in Berlin